



## Europäischer Protesttag: Deutsche Regierung belastet Zukunft Europas / Internationale Attac-Kontakte

Europäischer Protesttag: Deutsche Regierung belastet Zukunft Europas / Internationale Attac-Kontakte  
Deutsche Regierung belastet zukünftige Generationen in Europa  
Solidarität mit Generalstreiks in Südeuropa statt bedingungslosem Ausverkauf  
Als Reaktion auf den Troika-Bericht und die Positionierung der Bundesregierung, keinem weiteren Schuldenerlass für Griechenland zuzustimmen, hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac die deutsche Regierung scharf kritisiert.  
"Selbst der Internationale Währungsfonds IWF fordert mittlerweile einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland. Die Regierung Merkel dagegen hält am bedingungslosen Ausverkauf des Öffentlichen fest, weil die deutsche Wirtschaft davon profitiert. Sie betreibt so eine massive Umverteilungspolitik von unten nach oben zu Lasten kommender Generationen und vergiftet das politische Klima in Europa", sagte Mike Nagler vom bundesweiten Attac Koordinierungskreis. "Wohin die angebliche Konsolidierungspolitik führt, zeigt das Beispiel Portugal: Die von Berlin und Brüssel verordnete Therapie hat den Musterpatienten der Troika nur noch kränker gemacht, die Wirtschaftsdaten sind verheerend."  
Bereits am Freitag soll Athen weitere kurzfristige Anleihen im Wert von 3,1 Milliarden Euro tilgen. Anstatt der bedingungslosen weiteren Bedienung der Schulden fordert Attac eine Schuldenprüfung (Schuldenaudit). Illegitime Schulden müssen identifiziert und gestrichen werden. Mike Nagler: "Wir fordern die lückenlose Offenlegung der Gläubigerstrukturen, bevor weiteres Geld an private Gläubigerbanken ausgezahlt wird. Ohne diese Transparenz ist der ganze Prozess nicht mehr als ein weiteres überdimensionales Bankenrettungsprogramm."  
Am heutigen Mittwoch finden in mehreren südeuropäischen Ländern Generalstreiks gegen das Kürzungsdiktat der Troika und die Politik der deutschen Regierung statt. Das europäische Attac-Netzwerk beteiligt sich an den Protesten. Auch in Deutschland sind in zahlreichen Städten Solidaritätsaktionen mit den Protesten in Südeuropa angekündigt.  
Attac setzt derzeit schwerpunktmäßig für europaweite Umverteilung ein.  
Das Netzwerk hat ein Konzept für eine europaweite koordinierte Vermögensabgabe vorgelegt. Weitere Forderungen sind die Einführung einer Vermögensteuer und der konsequente Kampf gegen Steuerflucht.  
Attac Deutschland  
Münchener Str. 48  
60329 Frankfurt/M  
Deutschland  
Telefon: 069/900 281-42  
Telefax: 069/900 281-99  
Mail: presse@attac.de  
URL: <http://www.attac.de>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=513942](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=513942) width="1" height="1">

### Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

attac.de  
presse@attac.de

### Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

attac.de  
presse@attac.de

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen ? wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.